

14. Bezirk – Penzing

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen
im ersten Halbjahr 2025

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag für eine Markierung für Lastenräder

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Frau Bezirksvorsteherin wird gebeten, sich bei den ÖBB dafür einzusetzen, dass bei den Fahrradabstellanlagen seitlich des S- Bahn-Abgangs der Station Hadersdorf jeweils eine Markierung „Für Lastenräder“ angebracht wird.

Begründung:

Die Anrainer von Hadersdorf beschweren sich, dass Lastenräder, abgestellt inmitten der Fahrradabstellanlage, mehrere Bügel gleichzeitig blockieren. Mit einer Markierung „Für Lastenräder“ am Rande der zwei Anlagen wäre ein Platz an jeder Seite reserviert, der jeweils nur einen Bügel in Anspruch nimmt.



Auf der Abbildung sind die gewünschten Positionen der Markierungen mit roten Kreisen gekennzeichnet.

DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING



Die unterzeichneten Bezirksräte der Grünen Alternative Penzing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Stadträtin Kathrin Gaál wird ersucht, auf Wiener Wohnen dahingehend einzuwirken, dass der Gemeindebau in der Breitenseer Straße 110-112 nach dem Wiener Juden Artur Fisch, der der Shoah zum Opfer gefallen ist, benannt wird.

Begründung

Im Rahmen des 2024 abgeschlossenen VHS-Forschungsprojekts „Juden in Penzing“ wurden unter der Leitung des Historikers Robert Streibel die Identitäten und Familiengeschichten von Penzinger Jüdinnen und Juden, die der Shoah zum Opfer gefallen sind, erforscht. Im Gemeindebau in der Breitenseer Straße 110-112 (Stiege 8) lebte der Arzt Artur Fisch mit seiner Familie. Nach vier Frontjahren für die österreichisch-ungarische Armee im Ersten Weltkrieg heiratete Fisch 1919 seine Frau Eleonore in Wien. 1932 zog die Familie in den Gemeindebau in der Breitenseer Straße ein (damit ist diese Voraussetzung von Wiener Wohnen für eine Gemeindebaubenennung erfüllt). Am 20. Oktober 1939 wurde Artur Fisch mit dem ersten Transport nach Nisko deportiert. Artur und Eleonore überlebten die Shoah nicht. Ihre Kinder Georg (später George) und Vera konnten im Juni 1939 mit zwei verschiedenen Kindertransporten nach England fliehen. Artur Fishs britischer Enkelsohn Christopher Jack, der die Familienhistorie rekonstruierte, besuchte im Vorjahr gemeinsam mit seinem Bruder Wien, um in einem bewegenden Akt eine Gedenktafel für sieben jüdische Familien einzuweihen, die hier gelebt hatten und deportiert wurden.

Eine Benennung des Gemeindebaus nach Artur Fisch wäre ein bedeutendes Zeichen für die Erinnerungskultur in Penzing und ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den leider auch heute wieder grassierenden Antisemitismus.

Dr. Frederik Schäfer
Bezirksrat

Ernst Kästner
Bezirksrat



Die unterfertigten Bezirksrät:innen stellen für die Sitzung der Penzinger Bezirksvertretung am 19.03.2025 gemäß §24 der Geschäftsordnung folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Penzing spricht sich für die geschichtliche und dokumentierte Aufarbeitung des Penzinger-Widerstandes in der Zeit vor und während des zweiten Weltkriegs, von 1938–1945, aus.

Begründung

So wie es in anderen Bezirken schon umgesetzt worden ist, wäre es auch in Penzing von großem Interesse, wenn die Zeit des Widerstandes von 1938 – 1945 dokumentiert und aufgearbeitet, wird. Es ist von großer Wichtigkeit, dass die Bezirksbevölkerung und besonders die jüngeren Menschen im Bezirk von dieser Zeit mehr erfahren würden. Leider werden im Laufe der Zeit jene Menschen vergessen, die Ihr Leben geopfert haben, damit Demokratie weiter besteht.

Wer seine Geschichte nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Alejandro Peña
Bezirksrat (SPÖ)

Anneliese Kästner-Hejda BA MA
Bezirksrätin (Die Grünen)

Mag. Birgit Breitenlacher
Bezirksrätin (NEOS)

DI. Andreas Eisenbock
Bezirksrat (ÖVP)

KO. Armin Blind
Bezirksrat (FPÖ)

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag : öffentliche Toiletten

Der zuständige Stadtrat Jürgen Czernohorszky und Christoph Maschek werden ersucht, eine Prüfung der öffentlichen Toilettenanlagen im 14. Bezirk vorzunehmen, hinsichtlich der Anzahl, ob sie flächendeckend an frequentierten Plätzen vorhanden sind, auch und besonders bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und die vorhandenen sauber sind, um sie auch benutzen zu können.

Begründung

Der öffentliche Raum ist sehr männlich/patriarchalisch geprägt.

Ein Merkmal sind zu wenig öffentliche Toilettenanlagen im Besonderen für Frauen und Mädchen.

Da Frauen immerhin knapp 51% der Wiener:innen (Quelle: Wien in Zahlen 2024) ausmachen, sollten wir dieser Mehrheit die Möglichkeit geben, auch die Hälfte des öffentlichen Raums zu nutzen. Dazu zählt aber auch, dass es genug öffentliche Toiletten gibt.

Birgit Breitenlacher

Alexander Zöchling

Roland Kariger

Stefan Popovici – Sachim

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19/03/2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, zu prüfen, ob bzw. in welchem Umfang aufgrund des neu eingeführten Pfandsystems die Anzahl der gelben Sammelcontainer in Parkspuren in Penzing reduziert werden kann. Bei positivem Ergebnis ersuchen wir um Umsetzung, sodass es zur Erweiterung der für das Parken möglichen Flächen kommt.

Begründung

Durch die Einführung des neuen Pfandsystems wird es wohl zu einem geringeren Entsorgungsvolumen in den gelben Sammelcontainern kommen, weshalb eine Anpassung und Optimierung der Nutzung des öffentlichen Raumes sinnvoll ist.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zu Fairteiler für Penzing

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat für Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Jürgen Czernohorszky wird ersucht zu überprüfen, welche Möglichkeiten es im 14. Wiener Gemeindebezirk gibt, Foodsharing-Plattformen an öffentlichen Stellen unterzubringen.

Begründung:

Foodsharing wird im Bezirk derzeit nur von einigen privaten Stellen aus betrieben (auch bekannt als FAIR-Teiler). 2017 wurde bereits ein entsprechender Fairteiler in der VHS Penzing aufgestellt (siehe Anhang 1), leider wurde dieser 2020 wieder abgebaut. Aus diesem Grund sollte nach einem neuen Standort gesucht werden. Lebensmittel sollen nicht weggeworfen werden, wenn sie noch in gutem Zustand sind. Viele Bürgerinnen und Bürger haben diesbezüglich den Wunsch geäußert, dass hier von Seiten des Bezirks Möglichkeiten angeboten werden sollen. Foodsharing basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, weshalb Bürgerinnen und Bürger die Chance nutzen können, insofern sie das möchten, ihre Lebensmittel zu teilen bzw. geteilte Lebensmittel anzunehmen.

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Foodsharing in Penzing gegen Verschwendung

(red). 19 Kilogramm Lebensmittel pro Person werden laut einer Studie der Universität für Bodenkultur aus dem Jahr 2012 in Österreich jährlich weggeworfen. Um der Wegwerfkultur entgegenzuwirken, gibt es Initiativen wie „Fairteiler“. Seit Februar ist auch der 14. Bezirk aktiv mit dabei: In der Volkshochschule Penzing in der Hütteldorfer Straße 112 können

Interessierte Lebensmittel abgeben, aber auch mitnehmen. Von Montag bis Freitag ist zwischen 9 und 19 Uhr geöffnet. Wer teilnimmt, kann anonym übrig gebliebene Lebensmittel in dem Kühlschrank ablegen. Wer mehr über den Verein „Foodsharing“ und andere Standorte erfahren möchte, findet alle Informationen dazu auf www.foodsharing.at



Bezirksrätin Andrea Grabner (ÖVP) mit Bezirkschefin Andrea Kalchbrenner (SPÖ) und VHS-Direktor Sebastian Bohrn Mena.

Seiten 18 - 1
Foto: BV14

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Beschilderung Scheiblinweg

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, rund um den Scheiblinweg ein Schild anzubringen, das die Hintergründe des Namensgebers kontextualisiert und über die Erkenntnisse der von der Stadt Wien eingesetzten Historikerkommission informiert.

Begründung:

Der Weg wurde nach dem sozialdemokratischen Lehrer und Politiker Anton Scheiblin (1894-1967) benannt. Er war Begründer des Penzinger Bezirksmuseums.

Diese Benennung wurde von der Historiker:innen-Kommission im Auftrag der Stadt Wien als historisch kritisch eingestuft.

Scheiblin bemühte sich im Oktober 1943 um Aufnahme in die NSDAP, der entsprechende Antrag wurde durch die zuständige Ortsgruppe der NSDAP befürwortet, aber durch die Kreisleitung VII beeinsprucht, weil Scheiblin bis 1932/33 Mitglied der Freimaurerloge „Kosmos“ in St. Pölten gewesen war. Der Ortsgruppenleiter machte daraufhin geltend, Scheiblin sei nicht nur Weltkriegsoffizier, sondern vor allem aus der Freimaurerloge entfernt worden, weil er sich gegen die Aufnahme von Juden gewehrt habe. Überdies sei der eigentlich 30%-Kriegsinvalide freiwillig im Sommer 1942 zum „Osteinsatz“ abgegangen und habe sich sehr bewährt. Scheiblin selbst gibt in seinem „Personal-Fragebogen“ an, als Oberleutnant zwischen Juli 1942 und Februar 1943 im „Partisaneneinsatz“ gestanden zu haben. Er sei als Kompanieführer eines Sicherungsregimentes im November 1942 mit dem „Eisernen Kreuz II. Klasse“ ausgezeichnet worden und im Jänner 1943 zum Hauptmann befördert und nach Frankreich verlegt worden, weil er wegen Erkrankung „infolge der Überanstrengung an der Ostfront“ (Personal-Fragebogen; BArch, PK 0008) nicht mehr zu gebrauchen gewesen sei. (Vgl. Ebd.) Scheiblin wurde tatsächlich im Juni 1943 aus der Wehrmacht entlassen. Seine Aufnahme in die NSDAP wurde dennoch im November 1943 abgelehnt. (Quelle: wien.gv.at)

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zu Serena Pulitzer Lederer

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die für Kultur und Wissenschaft zuständige Stadträtin Mag. Veronica Kaup-Hasler möge gemeinsam mit der MA 7 prüfen, ob die Benennung der nächsten zu benennenden freien Verkehrsfläche in Penzing nach Serena Pulitzer Lederer möglich ist.

Begründung:

Serena Pulitzer Lederer (1867-1943) war eine der bekanntesten Damen der Wiener Salon-Szene. Gemeinsam mit ihrem Mann begründete sie den Aufbau der großen Ledererschen Klimtsammlung. Nach ihrer Familie ist auch das ehemalige Ledererschloß in Penzing benannt, wo diese residierte. Nach dem Anschluss musste Serena Pulitzer Lederer aufgrund ihrer jüdischen Abstammung nach Ungarn flüchten und wurde von den Nationalsozialisten enteignet.

Andrea Grabner, MA
Bezirksrätin

Sebastian Mühlbauer, MA
Bezirksrat

Ulrike Jezik-Osterbauer
Bezirksrätin

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Versetzung der Altglas-Sammelcontainer vor dem Haus Cumberlandstraße 10A-12

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat Jürgen Czernohorsky wird ersucht, die Magistratsabteilung 48 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark mit der Versetzung der Altglas-Sammelcontainer vor dem Haus Cumberlandstraße 10A-12 in die Serravagasse zu beauftragen.

Begründung:

Bürgerwunsch: In unmittelbarer Nähe der Altglas-Sammelcontainer befinden sich einige Wohnungen, auch im EG direkt vor den Containern. Da auch in der Nacht Altglas entsorgt wird, kommt es vermehrt zu Lärmbelästigung. Dieser Standort ist für Sammelcontainer nicht geeignet.

In 120 Meter Entfernung, also 1 Gehminute entfernt, in der Serravagasse/Ecke Töpfelgasse (Bild rechts) befindet sich eine weitere Sammel-Stelle mit Altglas-, Plastik- und Biomüllcontainern. Hier steht ausreichend Platz zur Verfügung.

In 250 Meter Entfernung, also rund 2 Gehminuten entfernt, in der Beckmangasse befinden sich weitere Sammelcontainer. Auch diese Stelle eignet sich für zusätzliche Container.



Cumberlandstraße 10A-12



Serravagasse (Sackgasse) / Ecke Töpfelgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Evaluierung des Verkehrskonzepts Alt-Penzing

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen (MA 28, MA 42 und MA 48) werden ersucht eine Evaluierung der Verkehrsberuhigungsmaßnahmen des „Verkehrskonzepts Alt-Penzing“ durchzuführen.

Begründung:

Bei der Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2023 wurden Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, sowie zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in Alt-Penzing beschlossen (BV237086/23): Einbahnregelung inklusive RgE zwischen Nisselgasse und Phillipsgasse in Fahrtrichtung Schönbrunner Schlossallee, sowie intensive Begrünung mit Baumpflanzungen im Bereich der Penzinger Straße ONR. 60-64.

Die Kriterien der Evaluierung sollen folgende sein:

- Beruhigung des Durchzugsverkehrs (auch hinsichtlich Stausituation in den umliegenden Straßen – wie zB Hadikgasse/Linzer Straße)
- Steigerung der Aufenthaltsqualität
- Verkehrsaufwand der Anrainer für Parkplatzsuche
- Verringerung der Hitzeinseln (Verbesserung des Klimas)
- Zustand der neugepflanzten Bäume und Betreuungsaufwand
- Pünktlichkeit der Buslinie 51A
- Umsatzentwicklung der regionalen Wirtschaftstreibenden

Mag. Sabine Gwiss
Bezirksrätin

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag: Evaluierung der Verkehrsordnung am Kordon

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvorsteherin wird ersucht, die zuständige Stadträtin Ulli Sima zu bitten, den Verein Kordonsiedlung (ZVR Nr. 675473203) bei der Evaluierung eines Verkehrskonzepts am Kordon einzubinden.

Begründung:

Am 19. Jänner dJ erging ein Schreiben der Anrainer:innen samt Unterschriftenliste an die Bezirksvorsteherung mit der dringlichen Bitte, die Parkplatzsituation am Kordon zu verbessern: Es wurde die Einbindung der Bürger:innen in kommunale Projekte gefordert, da dies bei der Verkehrsordnung nicht geschehen ist.

Am Kordon, besonders in Neben- und Sackgassen, hat es bis zur Einführung des flächendeckenden Parkpickerls keine Parkplatznot gegeben. Trotz Entrichtung der Parkgebühr gibt es seit der Anbringung der gelben und weißen Bodenmarkierungen nicht mehr ausreichend Parkmöglichkeiten.

Daher wird um eine Evaluierung der Verkehrsordnung, in den Problemzonen, mit Einbezug der Bürger:innen gefordert.

Mag. Sabine Gwiss
Bezirksrätin

DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING



Die unterzeichnende Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing, stellt gemäß § 24 GO-BV in der Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht das fehlende Zaunelement der westseitigen Grünfläche im Lotte-Lenya-Park einzusetzen.

BEGRÜNDUNG

Die genannte Grünfläche wird durch die einfache Begehbarkeit als Hundezone zweckentfremdet.

Bezirksrätin

Mag.^a Silke Baron

DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING



Die unterzeichnende Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing, stellt gemäß § 24 GO-BV in der Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht die Kennzeichnung des Gebots „Radfahren gegen die Einbahn“ in der Pfadenhauergasse # Einwanggasse deutlich mittels Bodenmarkierungen zu kennzeichnen.

BEGRÜNDUNG

Verkehrssicherheit. Es kommt oft zu gefährlichen Situationen, da KFZ-Lenker:innen mitunter nicht damit rechnen, dass Radfahrende entgegen der Einbahn aus der Pfadenhauergasse kommend in den Kreuzungsbereich einfahren.

Bezirksrätin

Mag.^a Silke Baron

DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING



Die unterzeichnende Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing, stellt gemäß § 24 GO-BV in der Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 folgenden

ANTRAG

Die zuständige Magistratsabteilung 45 wird ersucht die Verklausungen in Form von Schotter und Geröll im Halterbach, im Abschnitt des südlichen Teils der Bujattigasse, zu entfernen.

BEGRÜNDUNG

Bürger:innenbesorgtheit. Seit dem Hochwasser im Herbst 2024 wurde viel Geröll und Gesteinsmaterial den Halterbach hinuntergespült. Im südlichen Teil der Bujattigasse, im Bereich um den Schweinernen Frack Steg, hat sich viel Material angesammelt. Die Anwohner:innen sind besorgt, dass es bei einem weiteren Hochwasser zu schlimmeren Überflutungen der Gasse und der Häuser kommen könnte, würde dieses Geröll nicht abtransportiert.

Bezirksrätin

Mag.^a Silke Baron



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing spricht sich für die Errichtung einer zusätzlichen S-Bahn Station für die S50 in Baumgarten im Bereich zwischen Guldengasse und Zehetnergasse aus.

Begründung

Es besteht ein nach wie vor großer Bedarf an einer zusätzlichen S-Bahnstation, diese wurde von der Penzinger Bezirksvertretung auch wiederholt eingefordert.

KO BR Mag. Bernhard Loibl

BR Ralf Strube

BR Robert Stjepanovic



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Mistplatz Zehetnergasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht den zuständigen Herrn Amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, den Mistplatz Zehetnergasse wieder in vollem Umfang in Betrieb zu nehmen.

Begründung

Besagter Mistplatz war eine zentrale Anlaufstelle und ein wesentlicher Teil der Infrastruktur im dicht bewohnten Gebiet Penzings. Dezentral gelegene Mistplätze finden immer weniger Akzeptanz. Dies war auch Gegenstand medialer Berichterstattung, etwa in der Krone am 20.05.2025. Mit kürzeren Anfahrtswegen wird auch dem Umweltschutz Rechnung getragen.

KO BR Mag. Bernhard Loibl

BR Silvia Steiner

BR Richard Hawliczek

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulrike Sima soll gemeinsam mit der MA 28 (Straßenverwaltung), der MA 46 (Verkehrsorganisation) sowie den dafür zuständigen Stellen dafür Sorge tragen dass beide Haltestellen der Straßenbahnlinie 49 Rettichgasse mit elektronischen Anzeigetafeln und Lautsprechersystemen ausgestattet werden.

Begründung

Die Ausstattung der Haltestellen mit digitalen Fahrgastinformationssystemen erhöht die Transparenz, verbessert den Fahrgastkomfort und trägt wesentlich zur Barrierefreiheit bei. Insbesondere für ältere Personen sowie Menschen mit Seh- oder Hörbeeinträchtigungen stellen visuelle und akustische Informationen eine wichtige Orientierungshilfe dar.

BR Bernhard Patzer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulrike Sima soll gemeinsam mit der MA 28 (Straßenverwaltung), der MA 46 (Verkehrsorganisation) sowie den dafür zuständigen Stellen dafür Sorge tragen dass beide Haltestellen der Straßenbahnlinie 52 am Gruschaplatz mit elektronischen Anzeigetafeln und Lautsprechersystemen ausgestattet werden.

Begründung

Die Ausstattung der Haltestellen mit digitalen Fahrgastinformationssystemen erhöht die Transparenz, verbessert den Fahrgastkomfort und trägt wesentlich zur Barrierefreiheit bei. Insbesondere für ältere Personen sowie Menschen mit Seh- oder Hörbeeinträchtigungen stellen visuelle und akustische Informationen eine wichtige Orientierungshilfe dar.

BR Bernhard Patzer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulrike Sima soll gemeinsam mit der MA 28 (Straßenverwaltung), der MA 46 (Verkehrsorganisation) sowie den dafür zuständigen Stellen dafür Sorge tragen dass beide Haltestellen der Straßenbahnlinie 52 Linzer Straße, Hochsatzengasse mit elektronischen Anzeigetafeln ausgestattet werden.

Begründung

Die Ausstattung der Haltestellen mit digitalen Fahrgastinformationssystemen erhöht die Transparenz, verbessert den Fahrgastkomfort und trägt wesentlich zur Barrierefreiheit bei. Insbesondere für ältere Personen sowie Menschen mit Seh- oder Hörbeeinträchtigungen stellen visuelle und akustische Informationen eine wichtige Orientierungshilfe dar.

BR Bernhard Patzer

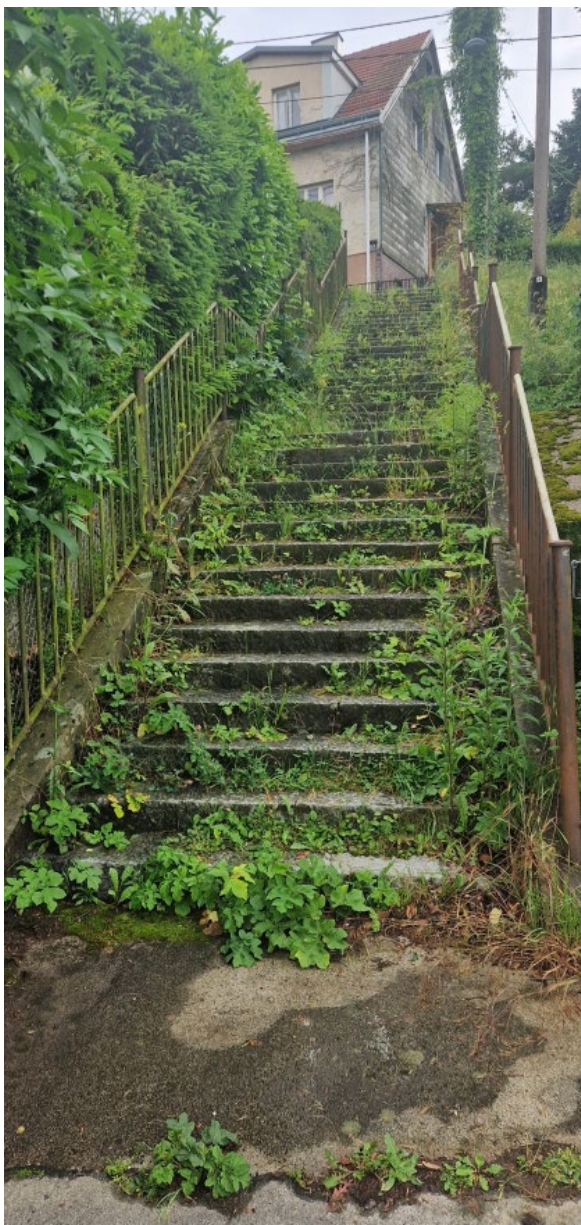
Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag : Entfernung des Bewuchses der Stiege am Sonnenweg

Die zuständige Stelle für Verkehr & Stadtentwicklung wird ersucht die Stiege unterhalb Sonnenweg 10 von Bewuchs zu befreien um eine gefahrlose Benutzung zu gewährleisten.

Begründung

Die Stiege ist stark bewachsen – siehe Foto



Roland Kariger

Alexander Zöchling

Susanne Kasamas

Stefan Popovici – Sachim

Oskar Krampf

Stiege im Bereich Sonnenweg 10.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von KPÖ-LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zur Verbesserung der Frequenz der Straßenbahnlinie 49

Die zuständige Stadträtin Ulrike Sima sowie die zuständigen Stellen der Wiener Linien werden ersucht, im Zuge der Reaktivierung der Straßenbahnlinie 49 nach Abschluss der Bauarbeiten den Betrieb mit einer erhöhten Frequenz in den Stoßzeiten wiederaufzunehmen.

Begründung

Der übervolle Zustand von Garnituren der Straßenbahnlinie 49 während Stoßzeiten ist schon seit längerem ein Grund für Bürger*innenbeschwerden, insbesondere seit im Zuge der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen der Fahrplan ausgedünnt wurde. Nach Ende der Maßnahmen kam es zu keiner Wiederherstellung des ursprünglichen Fahrplans. Die vorübergehende Einstellung des Betriebs auf der Straßenbahnlinie 49 bietet eine perfekte Gelegenheit, dies nachzuholen.

Bezirksrat
Jonas Kraft BA

Bezirksrätin
Christin Spormann



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der KPÖ-LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag zu Notfallnummern im Gemeindebau

Die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien MA 57 und Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, werden ersucht, in Gemeindebauten und allen weiteren Wohnbauten, auf die die Stadt Wien in Penzing Einfluss hat, das Aushängen des Notfallnummernblatts von StoP zu gewährleisten.

Begründung

StoP „Stadtteile ohne Partnergewalt“ ist eine mittlerweile gut im Bezirk verankerte Initiative. Ihr Banner hängt vor der Bezirksvorstehung, es gibt Sitzbänke in den Farben der Initiative und es gibt Treffen in Penzing. Das schafft Aufmerksamkeit und erhöht gleichzeitig das Bewusstsein für die Initiative und für das Thema der Partnergewalt bei den Bewohner*innen und Passant*innen in Penzing.

Sichtbarkeit ist ein erster wichtiger Schritt im Kampf gegen Partnergewalt, die Ungleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft und die Gefährdung der Sicherheit von Frauen und queeren Personen.

Am 3.06.2025 ereignete sich ein schrecklicher Suizid in Penzing in einem Gemeindebau, bei dem eine Frau nach einem Streit mit ihrem Partner vom Balkon sprang. Geschlechterspezifische Gewalt beschränkt sich nicht auf körperliche oder sexuelle Gewalt, sie kann auch emotionale Gewalt sein. Oft fällt es Frauen schwer, sich aus gewaltvollen Beziehungen zu lösen. Sie wissen nicht, wo sie sich niederschwellig Hilfe holen können. Dadurch, dass StoP nicht nur Beratung, sondern auch Hilfegruppen anbietet, kann Hilfe vielfältig angeboten und aufgesucht werden.

Bewohner*innen sollen durch solche Aushänge die Tools gegeben werden sich mit Personen in Gefahr zu solidarisieren, ihnen helfen oder sich selber Hilfe suchen zu können. Daher ist es wichtig, dass die von StoP eigens ausgearbeiteten Aushänge für den Eingangsbereich flächendeckend in Wohnhäusern hängen dürfen und nicht mehr entfernt werden.

Laut der Initiative wird viel auf die Nummern des Aushangs zurückgegriffen. Sie werden nicht nur von Personen in Gefahr, sondern auch von Helfenden verwendet. Somit muss ein schneller und niedragschwelliger Zugang gewährleistet sein.

Christin Spormann
Bezirksrätin

Jonas Kraft
Bezirksrat

Der unterzeichnende Bezirksrat der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag auf Öffnung der WC-Anlage im Bahnhof Breitensee

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Frau Bezirksvorsteherin wird ersucht, sich bei der ÖBB dafür einzusetzen, dass die WC-Anlage im Stationsgebäude des Bahnhofs Breitensee wiedereröffnet wird.

Begründung

Der umgestaltete Vorplatz des Bahnhofs Breitensee wird viele Menschen anziehen und es braucht daher im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine ganzjährig nutzbare WC-Anlage.

Ing. DI Andreas Eisenbock, BA MA MSc
Klubobmann, Bezirksrat

DIE GRÜNEN BEZIRKSORGANISATION PENZING



Die unterzeichnete Bezirksrätin der Grünen Alternative Penzing stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 19.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Die Stadträtinnen Mag.^a Veronica Kaup-Hasler und Kathrin Gaál sowie die Magistratsabteilung 7 und Wiener Wohnen werden ersucht, den Gemeindebau in der Wolfersberggasse 13-17 in Wien Penzing nach Dr.ⁱⁿ Erika Weinzierl zu benennen. Um eine Zuweisung zur Kommission für Kultur und Sport wird ersucht.

BEGRÜNDUNG

Eine Namensgebung für Gemeindebauten ist neben der Benennung von Straßen, Gassen, Plätzen und Wegen ein weiteres gutes Instrument, um wichtige Personen der Geschichte unvergessen zu machen. Eine solche Person war die höchst engagierte und kritische Historikerin, Demokratin und Feministin Erika Weinzierl. Sie reagierte wie keine Zeithistorikerin und kein Zeithistoriker vor ihr in wissenschaftlichen Arbeiten, in der Lehre und Studierendenausbildung sowie bei öffentlichen Auftritten in den Medien und bei Vorträgen immer offen auf gesellschaftspolitische Trends und Strömungen, und hatte eine Präsenz in der österreichischen Öffentlichkeit, die untypisch für akademische Historikerinnen und Historiker ist.

Bezirksrätin

Mag.^a Silke Baron

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS in Penzing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Behebung des Wasserschadens am Wienfluss

Die zuständige Stadträtin Ulrike Sima wird ersucht, den Wasserschaden entlang des Wienfluss bei den Koordinaten 48.192811, 16.272730, auf der Höhe der Hadikgasse 268, zu beheben.

Begründung

Der aktuelle Abfluss von Wasser stellt eine Gefahr für Läufer_innen und Radfahrer_innen dar. In den wärmeren Monaten entsteht dort eine rutschige Moosbildung, im Winter gefriert das Wasser und erhöht die Rutschgefahr.

Abflusswege mit einer Metallabdeckung sind in der Nähe bereits vorhanden, somit sollte eine Umgestaltung technisch machbar sein.



Abbildung 1 Aktueller Zustand



Abbildung 2 Lösung

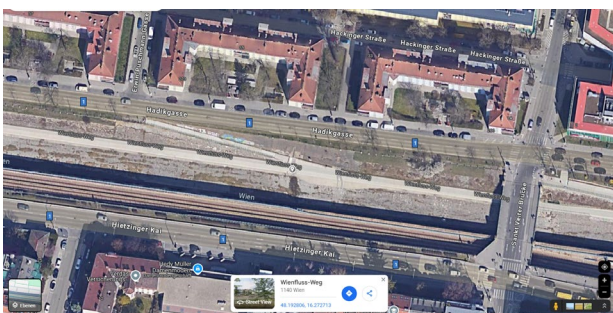


Abbildung 3 Screenshot Google Maps

Stefan Popovici-Sachim

Alexander Zöchling

Birgit Breitenlacher

Roland Kariger

Wien, am 16.12.24

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19/03/2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Stopp der mutwilligen Parkplatzvernichtung Linzer Straße 340-348

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, zu veranlassen, dass das in der Penzinger Mobilitätskommission vom 29. Jänner 2025 vorgestellte Projekt Zl.: V 1573990/24 „Linzer Straße 340-348“ umgehend gestoppt wird.

Begründung

In der Mobilitätskommission vom 29. Jänner 2025 wurde ein Projekt vorgestellt, mit dem im Sommer 2025 – nach der Wahl - der Bereich Linzer Straße 340-348 neu gestaltet werden soll. Anstelle der 10-13 Stellplätze, soll das Areal begrünt und mit Bäumen bepflanzt werden. Die Anwohner dieses Gebiets sollen der Auskunft des Vorsitzenden der Mobilitätskommission zufolge in das Projekt nicht eingebunden worden sein. Auf die frühzeitige Einbindung der Bezirksräte – zumindest jener der Opposition - hat man freilich auch verzichtet. Auch konnte der Vorsitzende über keine Bedarfsanalyse – geschweige denn von einem Ergebnis derselben – auf Frage der FPÖ berichten.

Der Einwand der FPÖ, in besagtem Gebiet befänden sich auf Privatgrund bereits eine große Zahl an Bäumen wurde ebenso negiert, wie die Frage einer - allfällig günstigeren und im Interesse aller zweckmäßigeren - Umgestaltung des Leon-Askin-Platzes. Aufgrund des örtlichen hohen Parkplatzdrucks wäre es sinnvoller, die Errichtung neuer Parkplätze im Verlauf westwärts auf der Linzer Straße zu prüfen, anstelle bestehende Parkplätzen zu vernichten.



Nach Meinung der SPÖ eine Gegend mit zu wenig Bäumen und zu vielen Parkplätzen.

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19/03/2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Attraktivierung der Lindheimgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

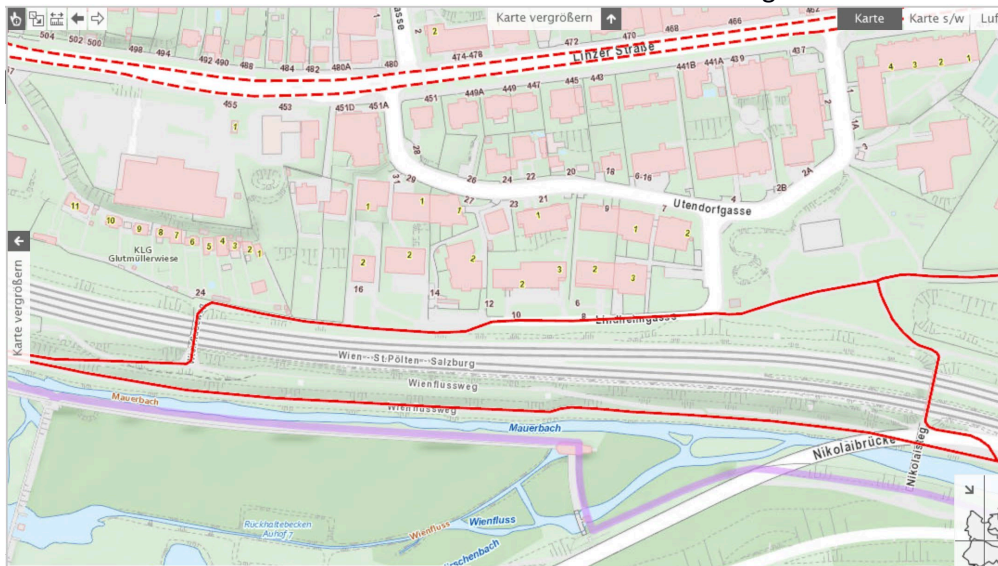
Die Bezirksvertretung Penzing ersucht die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, zu prüfen, welche Maßnahmen zur Attraktivierung der Lindheimgasse westlich der ON 10 möglich sind, und das Ergebnis der Prüfung der zuständigen Bezirkskommission zu berichten.

Begründung

Obgleich, wie aus dem angeschlossenen Auszug des Stadtplans der Stadt Wien hervorgeht, durch die Lindheimgasse einer der Zubringer zum Wiental-Radweg verläuft, befindet sich die Lindheimgasse in einem teilweise sehr schlechten Zustand.

Bei Trockenheit staubt es, bei Nässe wird kommt es zu erheblichen Verschmutzungen. Bei Minusgraden kommt es zudem aufgrund der Unebenheit zu partieller Glatteisbildung, die das Unfallrisiko stark erhöht.

Insgesamt ist der Abschnitt daher weder für die Anrainer noch für sonstige Passanten attraktiv.



KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19/03/2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Verkehrsregelung in der Utendorfgasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, die in der Utendorfgasse zwischen der ONr. 33 und der ONr. 7 bestehende Einbahnregelung umzudrehen.

Begründung

Der eingezeichnete Radfahrstreifen vermittelt Radfahrern die falsche Sicherheit einer für den Radfahrverkehr sicheren Verkehrsfläche. Dass es hier noch zu keinen Unfällen mit Personenschaden gekommen ist, grenzt an ein Wunder.

Eine Änderung der Einbahnführung und somit die Synchronisierung von radfahr- und motorisiertem Verkehr, würde die Gefahrensituation deutlich vermindern.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19/03/2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Evaluierung Fahrradbügel Musikzugplatz

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, sowie die Amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Mag. Bettina Emmerling, MSc, dahingehend zu wirken, dass die Inanspruchnahme der am Musikzugplatz aufgestellten Fahrradbügel evaluiert wird.

Begründung

Die FPÖ tritt für ein harmonisches Miteinander aller Verkehrsteilnehmer ein. Deshalb fordern wir im Gegensatz zu anderen Parteien keine Fahrradbügel, die ganz offenkundig lediglich dazu dienen, das Autofahren zu deattraktivieren. Vielmehr sollen diese dort angebracht werden, wo evidentermaßen ein realer Bedarf besteht .

Der FPÖ wurde zugetragen, dass einmal aufgestellte Fahrradbügel jedoch nicht evaluiert werden. Nach Ansicht der FPÖ besteht an den am Musikzugplatz aufgestellten Fahrradbügeln – wie von der FPÖ auch im Zuge der Debatte um deren Aufstellung prognostiziert - keine Nachfrage, da trotz nahezu täglich durch die FPÖ erfolgter Nachschau lediglich ein einziges Mal (nämlich am Tag des Elternsprechtags der VS Mondweg im WS 2024/25) ein Fahrrad (das übrigens kein Lastenfahrrad war) dort gesichtet werden konnte.

Um evidenzbasiert weiter vorgehen zu können, wird daher beantragt, die Auslastung gegenständlicher Fahrradbügel zu evaluieren. Um dies einfach, zweckmäßig und wirtschaftlich (§73b Wiener Stadtverfassung) zu bewerkstelligen, wird unter einem angeregt, die Evaluierung im Wege der Inanspruchnahme der örtlichen Dienststelle der Stadt Wien, nämlich der VS Mondweg durchführen zu lassen, da die Fahrradbügel von der Direktion aus direkt sichtbar sind.

KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19/03/2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag Fahrradbügel Umkehrschleife Straßenbahnlinie 52

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing ersucht die zuständige Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag. Ulrike Sima, sowie den Amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Mag. Christoph Maschek, im östlichen Teil der Umkehrschleife der Straßenbahnlinie 52 nach entsprechender Prüfung Fahrradbügel installieren zu lassen.

Begründung

Die FPÖ tritt für ein harmonisches Miteinander aller Verkehrsteilnehmer ein. Deshalb fordern wir im Gegensatz zu anderen Parteien keine Fahrradbügel, die ganz offenkundig dazu dienen, ausschließlich das Autofahren zu deattraktivieren.

Vielmehr sind diese dort anzubringen, wo evidentermaßen ein realer Bedarf besteht und dies in einer Weise, die am wenigsten in die Sphäre der anderen Verkehrsteilnehmer nachteilig eingreift. Im Bereich des Baumgartner Spitz besteht evidentermaßen der Bedarf an weiteren Fahrradbügel. Die dort befindliche Kapazität ist erkennbar ausgelastet. Die genannte Fläche eignet sich nach Ansicht der FPÖ für das Aufstellen von Fahrradbügel durchaus. Durch die Fahrradbügel an diesem Ort werden auch keine Interessen anderer Verkehrsteilnehmer negativ beeinträchtigt.



KO BR Armin Blind

BR Mag. Oliver Drahosch, MBA



Die unterzeichnenden Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 46 zu beauftragen, im Bereich Linzer Straße, Schloßallee, Hadikgasse und Einwanggasse, Anrainerparkplätze umzusetzen.

Begründung

Es kommen immer wieder, von Anrainer*innen, Beschwerden, dass es des Öfteren zu Stellplatzproblemen in diesem Gebiet kommt. Besonders an den Wochenenden sind die Parkplatzmöglichkeiten sehr begrenzt und Anrainerparkplätze wären eine erhebliche Erleichterung für dieses Gebiet.

Alejandro Peña
Bezirksrat

Franz Hahn
Bezirksrat



Die unterzeichnenden Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 46 zu beauftragen, im Bereich Linzer Straße, Deutschordenstraße, Keißlergasse und Bergmillergasse, Anrainerparkplätze umzusetzen.

Begründung

Es kommen immer wieder, von Anrainer*innen, Beschwerden, dass es des Öfteren zu Stellplatzproblemen in diesem Gebiet kommt. Besonders an den Wochenenden sind die Parkplatzmöglichkeiten sehr begrenzt und Anrainerparkplätze wären eine erhebliche Erleichterung für dieses Gebiet.

Alejandro Peña
Bezirksrat

Franz Hahn
Bezirksrat



Die unterzeichnenden Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Mag. Christoph Maschek, wird ersucht, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass der öffentliche Verkehr (Buslinie), zwischen Otto Wagner Areal bis U4 – Hütteldorf, über die Rosentalgasse und Heschweg ausgebaut bzw. erweitert wird.

Begründung

Es kommen immer wieder, von Anrainer*innen, Beschwerden, dass die öffentliche Anbindung in diesem Bereich nicht gegeben ist und es besonders für ältere Anwohner*innen der Weg, ohne KFZ und mit Wochenendeinkauf, immer schwerer zu bewältigen ist.

Claudia Kavlik
Bezirksrätin

Sonja Aktas
Bezirksrätin

Franz Hahn
Bezirksrat

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Penzing stellen für die Sitzung der Bezirksvertretung am 19.3.2025 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Penzing spricht sich für **mehr Transparenz im Bezirksbudget Penzing aus.**

Begründung:

Der ÖVP Penzing ist echte und ehrliche Bürgerbeteiligung wichtig, eine transparentere Systematik der Gemeinde Wien in ihrer Buchhaltung, würde den Bezirken die Arbeit erleichtert und damit auch verständlicher für die Wienerinnen und Wiener sein. Die Bewohner Penzings sollten die Möglichkeit haben, geplante Projekte vollständig beurteilen und bewerten zu können, dazu gehört auch die Kenntnis über die geplanten und entstandenen Kosten.

Die Veröffentlichung der Budgetzahlen sollte im Sinne einer klassischen Buchhaltung, eine **deutliche Herausstellung der Fördersummen**, aber auch Schuldenaufstellungen (Zahlungen aus dem Zentralbudget) und Tilgungspläne enthalten.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es in der **Darstellung des Bezirksbudgets großen Verbesserungsbedarf gibt**. Unter anderem sind die Gegenrechnungen von Fördersummen aus dem Budget der Stadt und den in den Bezirksbudget angegebenen Projektkosten für die Öffentlichkeit nicht zu erkennen. Die prozentuellen Angaben, welche Projekte in welcher Höhe mitfinanziert werden, fehlen komplett. In der Vergangenheit gab es immer wieder Unklarheiten und Diskussionen auf politischer Ebene in den Verhandlungen zur Budgeterstellung, aber auch bei der Finanzierung einzelner Projekte. Damit wurden verantwortungsvolle Entscheidungen erschwert und entsprechende Erklärungen gegenüber der Bevölkerung fast verunmöglicht.

Ing. DI Andreas Eisenbock, BA MA MSc,
Bezirksrat, Finanzsprecher

Sabine Gwiss
Bezirksrätin

Natascha Fussenegger
Stv. Bezirksvorsteherin

Markus Keschmann
Klubobmann

Die unterzeichnende Bezirksrätin der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

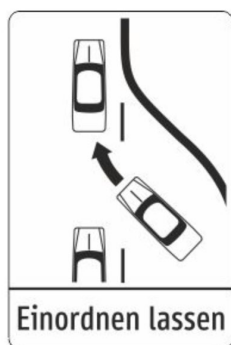
Antrag zu mehr Verkehrssicherheit

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird gebeten, nach der Kreuzung Josef-Palme Platz stadtauswärts ein Hinweisschild „Fahrbahnverengung“ und entsprechende Bodenmarkierungen anzubringen.

Begründung:

Bürgerwunsch. An der Fahrbahnverengung entstehen immer wieder gefährliche Situationen, weil Fahrer von den Verengung überrascht werden und/oder weil die Fahrer der linken Spur nicht einordnen lassen. Gefahrensituationen und laute Hupkonzerte sind die Folge.



BVStv. Natascha Fussenegger